

AKTUELL

SPARWUT

Woher nehmen, wenn nicht stehlen

Richard Graf

Die schwarz-rosa Mehrheitsfraktionen wollen es besser machen als ihre Regierung und das Budgetdefizit um 200 bis 250 Millionen Euro verringern.

Nachdem sein Finanzminister bei der Budgetvorstellung Anfang Oktober zu erläutern versäumt hatte, weshalb die Regierung vom Ziel eines ausgeglichenen Haushalts abgewichen ist (siehe woxx 1183), lieferte Premier Juncker bei einem der selten gewordenen Regierungspressebriefings einen Teil dieser Erklärung nach. Er tat das nicht aus überbordendem Informationsseifer, sondern um die Wogen zu glätten - bei der Opposition, aber vor allem in den eigenen Reihen. Kam doch die harscheste Kritik an dem 1,3 Milliarden-Loch im vorgelegten Haushalt aus der Regierungspartei selbst.

Dabei rief er zu einer Art Haushalts-Sparwettstreit auf, an dem sich alle Akteure mit eigenen Vorschlägen beteiligen sollten. Die Chamber könnte entsprechende Amendements verabschieden und mit ihnen den Budgetentwurf nachbessern. Die DP, die schon vor Jahren eine entsprechende Kampagne lanciert hatte, spricht von Hilflosigkeit der Regierung. Die liberale Partei weiß, wovon sie spricht: Eine solche Erhebung führt zu nichts, denn die Vorschläge funktionieren nach dem bekannten Nimby-Effekt. Jeder will seinen eigenen Garten verschonen und weiß deshalb genau, dass bei ihm selbst nichts, wohl aber beim jeweiligen Nachbarn was zu holen ist. Aber vielleicht ist es ja das, was der Premier beweisen will. Und: Wer beim Sparen übertreibt, riskiert den Karren noch weiter in den Dreck zu fahren. Wenn der Staat seine Ausgaben drosselt, dann bremst er damit auch die konjunkturelle Entwicklung - am Ende wird das Loch noch größer, weil die Steuerausfälle den Spareffekt übersteigen. Ein Risiko, das umso größer ist, als die Wachstumsprognosen derzeit ohnehin schon nach unten zeigen.

Sonderschicht für Lucien Lux

CSV und LSAP wollen dennoch 200 bis 250 Millionen aus dem Budget ausmisten. Die einen mit ideologischer Inbrunst, weil Sparen eben eine Tugend ist, die anderen vor allem mit

dem Anspruch, die noch besseren Haushaltsexperten zu sein. Der Budgetberichterstatte und LSAP-Fraktionsvorsitzende Lucien Lux würde eigentlich eine Sonderzulage verdienen, denn jetzt muss er nicht nur gegenüber der Opposition den Mehrheitshaushalt verteidigen, sondern auch in den eigenen Reihen um Zustimmung zu noch weiteren Einschnitten werben. Die Kollegen in der Regierung haben zudem einige Stolperfallen eingebaut, die in den Mehrheitsfraktionen noch einiges Zähneknirschen hervorrufen werden.

So wird die Beschränkung der „Mammerent“ auf Frauen, die keine eigenen Rentenrechte erworben haben, von den LSAP-Abgeordneten abgelehnt. Die Kollegen in der Regierung hatten wohl nicht mitbekommen, dass der Koalitionspartner ihnen da ein faules Ei in den Sparkorb gelegt hatte. Denn die Ausweitung dieses CSV-Wahlversprechens auf alle Frauen war seinerzeit der Kompromiss, der dieses 80-Millionengeschenk überhaupt erst mehrheitsfähig machte. Es bleibt abzuwarten, ob Lux und Konsorten eine globale Kürzung dieser Erziehungspauschale durchsetzen, die alle gleichermaßen betrifft.

Bis Allerheiligen wollen die Koalitionäre sich auf ihr Sparpaket einigen, „im Einvernehmen mit der Regierung“, wie es heißt. Es fragt sich allerdings, ob es den Abgeordneten überhaupt möglich ist, in knappen vier Wochen das zu erreichen, worum sich der Finanzminister in monatelangen Beratungen vergeblich bemüht hat. Der ohnehin komplizierten Haushaltsprozedur wird jetzt ein weiterer Vorgang aufgebürdet, was die eigentliche Aufgabe der Chamber, nämlich die Vorlage kritisch zu beurteilen, sicher nicht vereinfacht. Die Zeitspanne für die Begutachtung des endgültigen Resultats wird immer kürzer.

In den Fachministerien, wo man schon dabei ist, an den Zahlen für 2014 zu arbeiten, werden nun die Dossiers für 2013 wieder aufgeschlagen. Zahlreiche Organisationen und Verbände müssen jetzt um bereits bewilligte Fördergelder bangen und können ihre Haushaltspläne für 2013 nicht abschließen, obwohl auch sie, teilweise aus Gründen der staatlichen Finanzkontrolle, an Abgabefristen gebunden sind.

SHORT NEWS

La misère des uns et celle des autres

C'est l'hebdomadaire lusophone « Contacto » qui a révélé l'affaire : alors que l'hiver approche, 14 Portugais ont été sommés de quitter leur logement d'ici le 31 décembre. Le propriétaire n'est pas n'importe qui : il s'agit du ministère de la famille. En effet, les personnes concernées vivent à Bonnevoie dans un « Foyer des travailleurs ». Pourquoi doivent-ils quitter les lieux ? Tout simplement parce que le contrat de bail vient à échéance. Bien qu'il soit clair que ces habitations sont de caractère temporaire, la pratique est toute autre : certains y vivent depuis 20 ou 30 ans. Jusqu'ici, l'Etat s'était accommodé de cette situation. Mais voilà, l'Etat n'ayant pas pris les devants pour faire face à l'afflux de réfugiés, il chasse les uns de ses foyers pour y placer les autres. Le plus fâcheux, c'est que la ministre de tutelle, Marie-Josée Jacobs, a insinué dans le même article que ces personnes devraient se montrer reconnaissantes d'avoir pu bénéficier de ces logements bien plus longtemps que prévu. Sauf que, comme le rappelle Antonio Ribeiro, concierge du foyer de Mühlenbach, ces travailleurs payent des loyers. Des loyers certes modérés, mais qui rendent le logement possible à des travailleurs (du bâtiment, en principe), qui vivent du salaire minimum non qualifié et endurent régulièrement chômage technique et licenciements. Dormir sur le trottoir : c'est la réponse de l'Etat luxembourgeois à ceux qui construisent ses routes.

Armee: die Reform der Reform

Ex-Ombudsman Marc Fischbach kann das Schlichten nicht lassen. Im Auftrag des aktuellen Verteidigungsministers verfasste er, der zu Zeiten des Kalten Krieges diesen Posten innehatte, einen knappen aber zielgerichteten Bericht über den Zustand der Luxemburger Armee. Seit der „Boxermännercher“-Affäre ist gewusst, dass es mit der Stimmung in der Truppe nicht zum besten steht. Fischbach, der rund 40 Einzelgespräche mit Betroffenen aus allen Rängen geführt hat, bestätigt dies und unterbreitet deshalb eine Reihe Vorschläge, wie man diesen Problemen beikommen kann. Minister Haldorf will diesen Bericht mit allen Beteiligten diskutieren und dabei keine Piste auslassen. Neben einigen Vorschlägen bezüglich der Rekruten und vor allem der diskriminierenden Situation des Teils der Truppe, der sich nicht für den internationalen Einsatz bereit erklärt hat, fordert Fischbach ein Abspecken des Etat-Major. Viele Funktionen seien doppelt besetzt, einmal in der Stadt und einmal in der Diekircher Kaserne, was einen großen Teil der Kommunikationsprobleme erkläre. Das Alltagsgeschäft solle in Diekirch abgewickelt werden. Der Etat-Major dafür verschlankt und zu einem Beraterteam für den Minister umfunktioniert werden, das langfristige Problemlösungen ausarbeiten soll. Sich selber gesund zu schrumpfen dürfte die erste und die wohl schwierigste Aufgabe dieser Beratungsstruktur werden, denn wer wird sich schon freiwillig zurück nach Diekirch beordern lassen?

Halte à la réforme de la police !

De deux choses l'une : soit les Verts veulent démontrer qu'ils sont prêts à devenir un pilier de l'Etat, soit le malaise dans la police est vraiment plus sérieux que l'on croyait. Toujours est-il que ce mardi, le député-maire écologiste Camille Gira s'est fait l'écho des policiers en rupture avec leur hiérarchie. Comme ces derniers l'avaient déjà clamé lors de leur réunion syndicale en mars de cette année (voir woxx 1156), ils reprochent au ministre de l'Intérieur comme à leur direction de ne pas les prendre au sérieux. « Il ne s'agissait pas des revendications typiques qui portent sur les salaires, mais d'un malaise général et de soucis quant au futur même de la police », explique Gira, qui dit s'être entretenu avec plusieurs délégations de policiers, tous grades confondus. En général, après la grande réforme de 1999, qui avait supprimé la gendarmerie et retiré l'autorité des communes sur la police, cette nouvelle réforme « est vécue comme un retour en arrière majeur. Bientôt, dans notre police, il y aura plus de chefs que d'Indiens », rajoute Gira. Il demande aussi l'arrêt de la réforme et la reprise de consultations sérieuses avec la base, qui se plaindrait de n'avoir eu ni le droit de parole, ni de critique lors de « pseudo-réunions ». Une critique que le ministre Haldorf n'accepte pas. Par communiqué, il a fait savoir que la demande de Camille Gira n'aurait tout simplement pas lieu d'être. Tout est pour le mieux dans le meilleur des mondes.